

DeZIMinutes

#15

Berlin, Dezember 2024

Wohnungsräumung statt Problemlösung

Wie Kommunen mit Zuwanderung aus Südosteuropa umgehen



Thorsten Schlee, Interdisziplinäres Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM), Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS); **Lena Wiese**, Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen (SGDV e.V.), Duisburg

Wohnungsräumung statt Problemlösung

Wie Kommunen mit Zuwanderung aus Südosteuropa umgehen

Seit zehn Jahren gilt die europäische *Arbeitnehmerfreizügigkeit* auch für Rumänien und Bulgarien. Von dort sind seither rund 1,3 Millionen Menschen in die Bundesrepublik gekommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum deutschen Arbeitsmarkt. Zahlreiche Kommunen problematisieren jedoch die „Zuwanderung aus Südosteuropa“ und ergreifen teilweise harsche ordnungspolitische Maßnahmen. Exemplarisch zeigen wir das am Vorgehen der Duisburger „Task Force Problemimmobilien“, die bislang die Wohnungen Tausender Menschen räumen ließ.

Highlights

1. Die Duisburger „Task Force Problemimmobilien“ hat in zehn Jahren mehrere Tausend südosteuropäische Migrant*innen in die Obdachlosigkeit getrieben.
2. Dieses Vorgehen stigmatisiert und grenzt die Betroffenen zusätzlich aus.
3. Das Beispiel Duisburg zeigt, dass Bund, Länder und Kommunen versuchen, soziale Probleme mit einem Abwehrverhalten gegenüber Migrant*innen anzugehen, statt sie zu lösen.

Was meinen wir mit „Diskurs um ‚Zuwanderung aus Südosteuropa‘“?

Mit der Erweiterung der EU-Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien hat sich die Wahrnehmung von Rumän*innen und Bulgar*innen verändert: Einerseits gelten sie als Opfer der sozialen Verhältnisse ihrer Herkunftsländer, die einer „Integration“ bedürfen. Andererseits werden sie kriminalisiert und mit „Sozialleistungsmisbrauch“ sowie „Bandenkriminalität“ assoziiert, was ein hartes ordnungspolitisches Eingreifen erfordert. Das spiegeln die Diskurse, aber auch die Ansätze der lokalen Politik wie auch der Gesetzgebung wider. So wird die Ursache für die sozialen Probleme bei den Zugewanderten aus Südosteuropa gesucht anstatt in den bestehenden strukturellen Problemlagen in den Bereichen Arbeit und Wohnen.

Was meinen wir mit „Problemimmobilien“?

Das Land NRW (MHKBG-NRW 2019) markiert Mehrfamilienhäuser als „Problemimmobilien“, wenn sie sicherheits- oder gesundheitsrelevanten Vorschriften nicht entsprechen, etwa durch Überbelegung oder Brandgefahr. Solche Häuser befinden sich meist in einer Wohnlage mit gut verfügbarem Wohnraum bei relativ niedrigen Mieten, die besonders für Menschen mit wenig Einkommen attraktiv sind. In politischen Strategiepapieren sind „Problemimmobilien“ eng mit der Zuwanderung aus Südosteuropa verknüpft.

Die Räumungen sind Teil der kommunalen Integrations- und Ordnungspolitik

Schon bevor die europäische *Arbeitnehmerfreizügigkeit* auch für Rumänien und Bulgarien galt, entwickelte sich ein Diskurs um „Zuwanderung aus Südosteuropa“, der wesentlich von den Kommunen sowie dem Deutschen Städtetag als ihrem Vertretungsorgan getragen wurde. Die Rede war von unkontrollierter Zuwanderung von Personen, die im Herkunftsland bereits langjährig sozial ausgegrenzt und deshalb nur schwer bis gar nicht in deutsche Arbeitsmärkte und Bildungssysteme integrierbar seien. Befürchtet wurde, dass diese Personen – oftmals wurde und wird hier

direkt auf Rom*nja verwiesen – in gewisser Weise unter falscher Flagge in die Bundesrepublik kämen. Sie würden hier nicht arbeiten, sondern die Systeme sozialer Sicherung in Anspruch nehmen. Die europäische *Arbeitnehmerfreizügigkeit* öffnete demnach ein einwanderungspolitisches Regulierungsdefizit. Entsprechend begannen verschiedene Ebenen des politischen Systems daran zu arbeiten, den erwarteten „Sozialtourismus“ (Unwort des Jahres 2013) und „Sozialleistungsmissbrauch“ zu bekämpfen. Der kommunale Umgang mit dem Zuzug aus Rumänien und Bulgarien ist seither durch einen flexiblen Mix aus Integrations- und Ordnungspolitik geprägt: einerseits mit Integrationsmaßnahmen und neuen Beratungsstellen, andererseits mit geschaffenen Stabsstellen, die mit regelmäßigen Razzien gegen unterstellten Sozialleistungsmissbrauch vorgehen. Daneben gibt es eine erhöhte Präsenz von Polizei und Ordnungsämtern in migrantisch geprägten Quartieren.

Während Forschung und Verwaltung in den vergangenen Jahren ein gewisses Interesse an „erfolgreichen Integrationsprozessen“ entwickelten, werden die lokalen Ordnungspolitiken eher selten wissenschaftlich thematisiert. In diese Lücke stoßen wir vor und haben untersucht, wie sozialrechtliche Ausschlüsse, Arbeitsmärkte und das lokale Migrationsmanagement in den beiden Duisburger Stadtteilen Marxloh und Hochfeld zusammenwirken. In diesem Beitrag fokussieren wir uns auf die Politik der Häuserräumungen, die die Stadt Duisburg seit 2014 umsetzt (ausführlicher dazu: Wiese 2024).

Staatliche und private Akteure wirken bei den Räumungen zusammen

Die Stadt Duisburg hat den Diskurs um „Zuwanderung aus Südosteuropa“ in der Vergangenheit wesentlich mitgeprägt. Blickt man auf die ordnungspolitischen Maßnahmen der Stadt, zeigt sich, dass es immer wieder Räumungen von „Problemimmobilien“ gibt. Seit 2014 hat die Stadt ihren Zahlen nach 96 Häuser (Rat der Stadt Duisburg 2022) begangen und in 79 Fällen die Nutzung untersagt (Stand März 2022). Informationen zur Struktur der jeweils geräumten Wohnbevölkerung und zu ihrem weiteren Verbleib liegen dagegen nicht vor. Als Begründung hieß es, dass es für die Gefährdungsbeurteilung nicht relevant sei. Inzwischen dürften mehrere Tausend Menschen von den Wohnungsräumungen betroffen sein. Die von uns beobachteten und begleiteten Räumungen betrafen dabei ausschließlich Migrant*innen, zumeist aus Rumänien und Bulgarien, in Ausnahmefällen aus anderen Herkunftsländern wie Syrien oder der Türkei. Einige Familien mussten bereits mehrfach aus unterschiedlichen „Problemimmobilien“ zwangsausziehen. Von den Betroffenen wird das Vorgehen der Stadt als offen diskriminierend und rassistisch eingestuft.¹

Die Duisburger „Task Force Problemimmobilien“ beruft sich für die Häuserräumungen auf die Bauordnung und das Wohnraumstärkungsgesetz. Argumentiert wird, dass Gefahr für Leib und Leben bestehe. Sobald die Nutzung aus Sicherheits- und Brandschutzgründen untersagt ist, müssen die Bewohner*innen umgehend ihre Wohnungen verlassen. Sie erhalten dafür blaue Plastiksäcke, in die sie ihr Hab und Gut einpacken können, während sie Möbel und Großgeräte zurücklassen müssen. Die Bewohner*innen bekommen Kontaktdaten der Notstelle für Wohnungshilfe und eine Notunterkunft angeboten. An den Räumungen sind staatliche und private Akteure beteiligt: Neben dem Ordnungsamt und der Berufsfeuerwehr erscheint im Laufe des Vormittags ein Handwerksbetrieb, der das Haus unzugänglich macht und versiegelt. Die städtische Müllabfuhr entsorgt den angefallenen Hausmüll. Die Räumungen werden nicht angekündigt. Die Personen, die so binnen weniger Stunden ihre Wohnungen verlieren, erhalten danach auf Anfrage Termine, an denen sie ihre Möbel abholen oder einen Umzug organisieren können. Wenn eine Person zum Zeitpunkt der Räumung nicht zuhause ist, weil sie arbeitet oder im Urlaub ist, steht sie hinterher schlichtweg vor verschlossenen Türen. Die Betroffenen werden von Amts wegen an ihrer Meldeadresse abgemeldet und gelten nicht mehr als Einwohner*innen der Stadt. Die Familien verlieren mit ihrer Meldeadresse ihre Ansprüche auf Bürger- und Kindergeld, die nunmehr obdachlosen Kinder werden von der Schule abgemeldet.

Trotzdem haben die Räumungen Vorlauf: In einem Fall in Duisburg-Hochfeld im Jahr 2021 erhielt eine rumänische Familie ein Schreiben vom Jobcenter, dass sie ihren Leistungsanspruch wegen der Abmeldung von Amts wegen verloren hätte. Als bald stellte sich heraus, dass die Räumung erst für den kommenden Mittwoch angesetzt war. Solche Vorgänge wie auch das routinierte Zusammenspiel der beteiligten Akteure zeigen, dass diese Räumungen auf Basis

¹ „Wir sind keine Tiere“, sagt etwa eine betroffene Person bei einem der wenigen öffentlichen Proteste gegen die Räumungspraxis der Stadt. Siehe die Videodokumentation des Netzwerkes Hochfeld auf: <https://www.youtube.com/watch?v=PdqY1vgMlSI>

einer akuten Gefährdungslage eine gewisse Planung benötigen – die Betroffenen dabei jedoch nicht einbezogen werden. Dass sowohl die von Räumung bedrohten Personen und Mieter*innen als auch die Vermieter*innen keine Gelegenheit erhalten, in dem Prozess mitzuwirken, ist schwer nachzuvollziehen. Denn dann hätten sie zumindest eine Chance zu reagieren, sei es, um die baulichen Mängel zu beheben oder um rechtzeitig auf Wohnungssuche gehen zu können und nicht unmittelbar in die Obdachlosigkeit geräumt zu werden.

Der Umgang mit „Problemimmobilien“ wird wegen vergleichbarer sozialer und räumlicher Entwicklungen in verschiedenen Kommunen unterschiedlich gehandhabt. In Dortmund etwa wurde ein ämterübergreifendes Präventions- und Nachsorgekonzept mit den Betroffenen entwickelt, davon ausgehend, dass die geräumten Personen in der Stadt bleiben.

Zehn Jahre Integration und Abwehr bleiben ohne kritische Reflexion

Die Praxis langjähriger und massenhafter Räumungen ist ein stadtpolitisches Unikum in Duisburg, das sowohl materiell als auch symbolisch schwere Folgen für die Betroffenen hat: So werden seit vielen Jahren zahlreiche Menschen in die Obdachlosigkeit entlassen und zugleich ausgegrenzt und stigmatisiert. Allerdings ist weder die soziale Situation südosteuropäischer Migrant*innen noch die Kombination aus Ordnungs- und Integrationspolitik ein lokales Alleinstellungsmerkmal der Stadt Duisburg, sondern weit verbreitet – wenn auch weniger drastisch. Es ist an der Zeit, dass Bund, Länder, Kommunen und lokale Organisationen diese Politik kritisch reflektieren. Die Häuserräumungen in Duisburg sind nur ein besonders signifikantes Beispiel der Abwehrpolitiken gegenüber südosteuropäischen Migrant*innen. Diese Politik hat bislang offensichtlich wenig zur Lösung der sozialen Probleme beigetragen. Im Gegenteil, die wirklich drängenden Politikfelder bleiben davon unberührt: Schulplatzmangel, ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse und außer Kontrolle geratene kapitalisierte Wohnungsmärkte sind die Rahmenbedingungen der sozialen Lage (nicht nur) von EU-Migrant*innen in Duisburg und andernorts. Es gäbe also genug zu tun, würde man die lokalen sozialen Herausforderungen nicht den Zugewanderten zuschreiben, sondern diese Probleme an ihren Wurzeln packen.

Gefördert von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und in Kooperation mit dem Verein Stolipinovo in Europa und dem Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen untersuchte das Projekt „Diskriminierung jenseits der Kategorien (DjeKa)“ am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen die Diskriminierungserfahrungen südosteuropäischer Migrant*innen in urbanen Sozialräumen. Das Projekt begleitete zusammen mit Co-Forschenden aus den Communities zwischen November 2023 und Juni 2024 etwa 720 Personen im Rahmen einer Sozialberatung in Duisburg-Hochfeld und -Marxloh. Zusätzlich wurden mit ausgewählten Personen Interviews geführt.

Weitere Informationen zum Projekt unter:

<https://www.uni-due.de/iaq/projekte/djeka.php>

QUELLEN

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG-NRW) (2019): Modellvorhaben Problemimmobilien. Kommunale Strategien zum Umgang mit stark vernachlässigten Wohngebäuden. Düsseldorf.

Rat der Stadt Duisburg (2022): Niederschrift der Sitzung am 31.03.2022. Duisburg.

Wiese, Lena (2024): „Taskforce Schrottimmoblie“ und die Mär von der Aufwertung. In: Hilfrich, Anna (Hg.): Europa-Lokal: Prekarisierung in Duisburg. KUKSDU e. V. Duisburg.

IMPRESSUM

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V., 2024
Alle Rechte vorbehalten. DeZIMinutes geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V. | Mauerstraße 76 | 10117 Berlin | +49 (0)30 2007 54 130 | presse@dezim-institut.de | www.dezim.de | **Autor*innen:** Dr. Thorsten Schlee, Lena Wiese | **Schlussredaktion:** Eleni Pavlidou | **Layout & Satz:** neonfisch.de | **Druck:** Umweltdruck Berlin GmbH

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend